

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45 Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 219

Mittwoch, den 17. September 1924.

48. Jahrgang

„Unsere Parole!“

Berlin, 16. September. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Deutschnationale Partei-Korrespondenz“ einen parteioffiziösen Artikel, der davon ausgeht, daß nach Abstimmung des Reichstages vom 29. August es notwendig geworden sei, daß von neuem eine deutschnationale Parole ausgegeben würde. Der Parteiführer Herat habe im ober-schlesischen Wahlkampf in drei großen Reden eine solche Parole aufgestellt, die dem Sinne nach in folgendem gipfelt: „Nicht um Ja oder Nein zum Dawesbericht und Londoner Pakt handelt es sich jetzt noch. Die durch ihn geschaffenen Zustände sind auf die Dauer ebenso unerträglich, wie das Versailler Diktat. Aber wie das Versailler Diktat in den Händen schwacher deutscher Regierungen nur zu einer immer härter drückenden Kette wurde, niemals aber der Revision näherbrachte, so wird es auch mit dem Londoner Pakt sein. Die Voraussetzung für die Zustimmung deutschnationaler Reichstagsabgeordneter zu diesem Pakt war die Zusicherung der Regierungsparteien, daß wir den uns zustehenden Anteil an der Verantwortung für die Durchführung des Londoner Paktes erhalten würden, wenn wir auch an der Verantwortung für seine Annahme, unseren Teil übernehmen würden. Wir haben diesen Teil schweren Herzens und nach schwerstem inneren Ringen übernommen. Sollten wir deutschnationalen uns nun nicht zutrauen, diesen Londoner Pakt, seine Unmöglichkeiten, seine unerträglichen Bestimmungen, zu verbessern, abändern und ebenso revidieren zu können, wie wir das Versailler Diktat revidieren müssen? Gerade angesichts der Vorgänge in Genf und des Liebeswervens der deutschen Linksparteien für den Eintritt Deutschlands in den von Frankreich beherrschten, auf der Versailler Lüge aufgebauten Völkerbund, gerade angesichts der unsicheren Haltung der Reichsregierung in der Frage der Notifizierung des doch bereits amtlich erfolgten Widerrufs der Kriegsschuldfrage, gerade deshalb heißt die nächste Parole für uns: Hinein in die Verantwortung, hinein in die Reichsregierung! Aus Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums entnehmen wir aber auch die Berechtigung für die Überzeugung, daß auch bei diesen Parteien, wie bei der Reichsregierung selbst nicht nur die Erkenntnis von der Notwendigkeit unserer Beteiligung an der Verantwortung, sondern auch der feste Wille dazu bestehen.

Die schwierigen und schweren staats- und wirtschaftspolitischen Aufgaben der nahen und weiteren Zukunft können nicht ohne die Deutschnationalen gelöst werden, wie es das Wohl und die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verlangen. Sie dürfen erst recht nicht gegen die Deutschnationalen gelöst werden. Eine Erneuerung der hemmungslosen Erfüllungspolitik früherer Zeiten ist nicht möglich oder für alle Zukunft wäre die deutsche Souveränität rettungslos verloren, die selbständige deutsche Wirtschaft vernichtet. Deshalb: wenn trotz allem innenpolitische Parteilichkeit und außenpolitische Ungeschicklichkeit das Unglaubliche eintreten sollte, daß eine Beteiligung der Deutschnationalen Völkspartei an der Verantwortung für Deutschlands Schicksal in der Reichsregierung verhindert werden sollten, könnte für die Deutschnationalen Volkspartei die nächste Parole nur lauten: schärfste Opposition! Gegenüber der Absicht der Sozialdemokraten und Demokraten, Sturm zu laufen gegen den Widerruf der Kriegsschuldfrage und gegen die mit Rechts ablehnende Haltung der Regierung in der Frage des Eintritts in den Völkerbund gibt es für uns Deutschnationalen die Parole: Kampf für das nationale Reich der Deutschen! Wir wollen ihn führen Seite an Seite und gemeinsam mit den anderen Parteien, die sich zur „großen nationalen und staatsbürgerlichen Rechte“ mit uns belagern. Sollte man uns zurückstoßen, so werden wir ihn führen durch die schärfste Opposition, die der Wortbruch verdient. Er würde uns dazu zwingen, ihn mit allen uns verfügbaren Mitteln zu führen und müßte dazu führen, neue Männer der schärfsten Oppositionsrichtung an die Spitze zu stellen. Die schwersten politischen Aufgaben und Kämpfe beherrschten die nächste Zukunft. Die Frage der Herrschaft über den deutschen Rhein tritt Mitte Januar 1925 in ihr entscheidendes Stadium. Deshalb nur und gerade deshalb drängt die Entscheidung. Wir haben die uns gereichte Hand ergriffen, sie kann und darf nicht zurückgezogen werden um Deutschlands willen. Dafür werfen wir Parier auf, das ist unsere Parole!“

Volle Einmütigkeit!

Berlin, 16. September. Gestern wird die „volle Einmütigkeit“ zwischen Kanzler und Außenminister in der Frage der Notifizierung der Kriegsschuldverklärung und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund offiziell verkündet. Wir und viele andere haben die offiziöse Notiz dahin ausgelegt, daß

Herr Stresemann vor Marx vollständig kapituliert hat, daß die Absicht baldiger Notifizierung aufgegeben ist.

Wie in Bestätigung dieser Nachricht erklärt die „Germania“, die sich bester Beziehungen zu Kanzler und Presseabteilung erfreut, heute morgen, daß die Notifizierung im Augenblick untunlich ist, daß das am nächsten Dienstag unter Vorsitz des Herrn Ebert zusammentretende Kabinett deshalb beschließen wird, daß die Notifizierung vorläufig nicht erfolgen wird, „fand daß die Kriegsschuldfrage damit einstweilen erledigt sei“.

Heute abend erklärt die „Zeit“, das Organ des Herrn Dr. Stresemann, daß das Kabinett am nächsten Dienstag einmütig der Auffassung sein werde, daß an der Erklärung des Reichskanzlers betreffend die Notifizierung der Kriegsschuldverklärung festgehalten werde. Nachdem die Notifizierung nicht im Zusammenhange mit den Londoner Abmachungen erfolgt sei, müsse sie in Verbindung mit einem anderen Anlaß geschehen, wobei es sich nur um eine absehbare Frist handeln könne. Es könne unter diesen Umständen nur befremden, wenn ein Berliner Blatt (die „Germania“) schreibt, daß „die Kriegsschuldfrage einstweilen erledigt sei. Die Notifizierung dürfte vielmehr bei einem von der Regierung zu bestimmenden Anlaß erfolgen, der in absehbarer Zeit gegeben sein dürfte.“

Gleichzeitig veröffentlicht verschiedene Blätter eine Notiz, wonach die Reichsregierung in der Frage der Kriegsschuldfrage und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund keine Entscheidung treffen werde, bevor der „Reichstag wieder zusammentritt“.

Gleichzeitig will der „Tag“, der in letzter Zeit in auffallender Weise die Sache des Herrn Stresemann vertritt, „aus gut unterrichteten Kreisen“ erfahren haben, daß die maßgebenden Stellen keineswegs gewillt seien, solange zu warten bis sich ein geeigneter Anlaß ergibt, sondern daß die Notifizierung binnen drei bis vier Wochen erfolge und daß der hierzu erforderliche Anlaß gegebenenfalls von der deutschen Regierung geschaffen werde.

„Die Notifizierung einstweilen erledigt“, „nicht erledigt“, „in absehbarer Frist zu erwarten“, „vorläufig nicht ins Auge gefaßt“, „bis zum Zusammentritt des Reichstages vertagt“, „in drei bis vier Wochen spätestens zu erwarten“! Diesen Herrensabath fortgesetzter Widersprüche läßt sich ein deutsches Zeitungspublikum, läßt sich das deutsche Volk von seiner Regierung gefallen!

Es ist ganz ausgeschlossen, daß sich die verschiedenen Zeitungen die oben angeführten widersprechenden Meldungen einfach aus den Fingern gezogen haben. Alle diese Organe stehen zweifellos mit dieser oder jener rivalisierenden Regierungsstelle in irgendeinem Konnex und beziehen von dort ihre Informationen. Dieser Herrensabath ist zweifellos auf diese Informationen zurückzuführen, ist also entweder der Ausfluß eines hinter den Regierungskulisfen durchgeschobenen Entscheidungskampfes einiger ehrgeiziger Politiker oder ein bewußt abgekarteter Plan, die Öffentlichkeit zu verwirren, sie dauernd im Unklaren zu halten. In beiden Fällen ist es gleich traurig, daß sich das deutsche Volk eine solche Behandlung gefallen läßt. Gleichgültig, auf welcher Seite der größte Prozentsatz objektiver Beurteilung liegt, eines wundert uns, daß nicht schon längst im deutschen Volk der laute Ruf erhoben wird nach einem Mann, der mit scharfem Sieb diesen gordischen Knoten durchschlägt.

Der Gerichtsvollzieher des Völkerbundes.

England verzichtet dankend.

Nach einer Meldung aus Genf hat dort der Führer der englischen Delegation die Erklärung abgegeben, daß England nicht in der Lage sei, dauernd und vorbehaltlos seine Flotte zur Verfügung des Völkerbundes zu stellen, um Staaten, die sich gegen die Völkerbundsakte vergangen haben, zur Annahme einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu zwingen. Der Antrag, der englischen Flotte die Verpflichtung aufzubürden, ist zuerst bekanntlich von den Franzosen gestellt worden. Vor einigen Tagen schon hat das Mitglied der englischen Delegation in Genf, Sir Cecil Hurst, über dieselbe Frage bereits längere Ausführungen gemacht.

Der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit diesem französischen Vorschlag und erklärt, der Völkerbund habe wohl das Recht, einstimmig eine derartige Zwangsmaßnahme zu beschließen, er könne aber nicht irgend einem Staate den Befehl zur Ausführung eines militärischen Druckes auf einen anderen Staat erteilen. Werde die englische Flotte dauernd und vorbehaltlos für beratige Zwecke dem Völkerbund zur Verfügung gestellt, so müsse sie naturgemäß ihre Souveränität und Unabhängigkeit verlieren und zu einem Werkzeuge des Völkerbundes werden. Außerdem be-

deute der französische Vorschlag, daß der englischen Flotte allein und ausschließlich die Verantwortlichkeit aufgebürdet würde, daß die im Artikel 16 vorgesehenen Blockade- und wirtschaftlichen Boykott-Maßnahmen auch tatsächlich zur Wirkung kämen. England werde also zum Polizist zur See tätig sein müssen, um pflichtgemäß jeden finanziellen, wirtschaftlichen und persönlichen Verkehr zwischen den Angehörigen des beschuldigten Staates und denen irgend eines anderen Staates zu verhindern.

Die Übernahme einer derartigen Verpflichtung sei für England nicht nur eine schwere finanzielle Belastung, sondern werde England auch leicht in ernsthafte internationale Streitigkeiten über Fragen verwickeln, an denen England überhaupt nicht unmittelbar interessiert sei. Neulich kommentieren fast alle Blätter den französischen Vorschlag. Sie betonen, England sei zwar der letzte Staat, der sich seiner Verantwortung als Mitglied des Völkerbundes entziehen wolle, aber es habe doch nicht die Absicht und den Ehrgeiz, als der einzige Polizist zur See gelten zu wollen.

Ein englisches Urteil über Versailles.

Unangenehm — aber wahr!

London, 15. September. Garvin setzte gestern seine kritische Besprechung der Londoner und Genfer Ergebnisse fort und kommt hierbei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen: Zur Abrüstungsfrage schreibt er im Londoner „Observer“:

Die ganze Abrüstung in der gegenwärtigen Form ist eine Illusion. Man sieht nicht eine Entwaffnung vor nach der Methode, die rücksichtslos gegen Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien angewandt worden ist und die so erfolgreich von der Türkei abgewiesen wurde. Was man heute gewöhnlich unter Abrüstung im Völkerbundsrat versteht, ist nichts weiter als eine billigere, aber um nichts weniger wirksame Resistenz kooperativer Rüstungen zwischen den verschiedenen Siegerstaaten. Sie ist weiter nichts als eine mechanische Konzeption, die mit der alten Methode früherer Staatskunst verjucht, die Weltbeherrschungen zu unterstützen. Weiter stehen in diesem Aufsatz über die Lage in Mitteleuropa folgende ebenso unzweideutige Sätze: Wer sich mit dem Studium der Verhältnisse und den grundlegenden Tatsachen in Mitteleuropa abgegeben hat, kann nicht glauben, daß die deutsche Rasse sowohl im Reich wie in Oesterreich für immer in die Zwangsjacke der gegenwärtigen Ordnung hineingedrückt werden kann, welche eine große Zahl deutscher Staatsangehöriger unter fremdem Joch läßt und Provinzen geraubt hat, welche durch Jahrtausende organisatorischen Bestandteil ihres Lebens gebildet haben. Dieses Vorgehen ist gegen alle Geschichte und Politik, gegen Geographie und Wirtschaft und ein solcher Zustand kann nicht bestehen bleiben. Niemand, der unboreingenommen ist, kann voraussetzen, daß 200 000 deutschsprachige Tiroler für alle Ewigkeit unter italienischer Herrschaft bleiben können. Einige der neuen Staaten haben infolge ihrer Verdrückung und des Vorhandenseins von Minderheiten, denen man keinen Glauben schenkt, innerliche Unruhen und es besteht keine Aussicht, daß sie sich so stabil erweisen werden, wie sie sich gegenwärtig zeigen.

Die Landwirtschaft als Kerntruppe.

Eine Rede Kahr's.

Auf einer landwirtschaftlichen Tagung in Oberbayern hat Regierungspräsident Dr. von Kahr eine Rede über die Lage und die Pflichten der Landwirtschaft gehalten, wobei er u. a. ausführte:

Die Landwirtschaft muß im Kampf um das deutsche Schicksal wie im Weltkriege die Kerntruppe sein. Gerade in unserer Zeit der Verworrenheit ist der deutsche Bauer so recht dazu berufen, der ruhende Pol zu sein in dem stetigen Schwanken und dem heillosen Streit unserer Zeit. An dem gesunden Bauerngeist werden auch die Versuche der Kommunisten, in der Bauernschaft Eingang zu finden, scheitern. Wir alle haben es vor einigen Jahren erlebt, welche lähmende, fast erschreckende Unsicherheit auf dem ganzen Erwerbsleben liegt, wenn die regelmässigen Funktionen des Staates stillstehen, wenn die Staatsautorität aussetzt. Unser Volk ist während der letzten sechs Jahre völlig abwegig geworden von dem Staatsgedanken. Es hat vielfach vergessen, daß nur in einem geordneten nationalen Staatswesen die Wurzel seiner Kraft und persönlichen Wohlfahrt liegen. Es ist lebensnotwendig, daß sich unser Volk in seiner Gesamtheit wieder auf den Staat besinnt, daß er sich über sein Wesen und seine Notwendigkeit, über das Pflichtverhältnis des Einzelnen zum Staate klar wird. Das allergrößte Interesse an der Wiederaufrichtung, an dem Gedeihen des Staates, vor dem man Ehrfurcht haben kann, hat im deutschen Volke der Bauer.

Amtliche Bekanntmachungen.

I. Nachtrag

zur Vergnügungssteuerordnung der Stadt Stolp i. Pom.
vom 19. März 1924.

Auf Grund der §§ 12 und 13 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 in Verbindung mit Artikel III der Bestimmungen des Reichsrats vom 28. Juli 1921 über die Vergnügungssteuer wird mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung folgender Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung der Stadt Stolp vom 19. März 1924 erlassen:

Artikel I.

- Dem § 1 Absatz 2 Ziffer 7 ist als Schlussatz anzufügen:
„Ferner gehören dazu Konzerte und Vorträge, die durch Radiosfunkapparate übermittelt werden.“
- Dem § 16 Absatz 1 Buchstabe b ist folgender Schlussatz anzufügen:
„Hierzu gehören ferner Konzerte und Vorträge, die durch Radiosfunkapparate übermittelt werden.“

Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Tage des Ausgangs im Schaukasten des Rathauses in Kraft.
Stolp, den 6. September 1924.

Der Magistrat.

(L. S.) gez. Zietke Ehlert.

Vorstehender Nachtrag ist gemäß Verfügung des Regierungspräsidenten in Köslin vom 10. 9. 24 — I. R. 13 — genehmigt worden.

Vorstehender I. Nachtrag hängt vom 16. bis 22. 9. 24 im Schaukasten des Rathausflurs und im städt. Steueramt öffentlich aus

Bank

für Haus- und Grundbesitz

im Regierungsbezirk Köslin
e. G. m. b. H. zu Stolp

Die **Immobilien-Abteilung** der Bank,
Stolp, Bahnhofstraße 53
übernimmt die Vermittlung für:

den An- u. Verkauf von städtischem und ländlichem Haus- u. Grundbesitz, Villen, Fabriken, Bougelände, Hypotheken und Bauzuschüssen,

die Mietung und Vermietung von Geschäftsräumen und Wohnungen (Ringverkehr) Hausverwaltungen.

Gutachten und Taxen durch vereidigte Sachverständige.

Kostenlose Rat- und Auskunftserteilung in allen Grundstücksfragen.



Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele Fette

Ia. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.

Kinderhilfstag Stolp.

Am Sonnabend, d. 20. und Sonntag, d. 21. September wird seitens des städtischen Wohlfahrtsamtes und der Frauenhilfe ein Kinderhilfstag veranstaltet, dessen Erträgnisse den nothleidenden Kindern aller Stände in unserer Stadt Hilfe bringen sollen.

Am Sonnabend wird von 1/23—1/27 Uhr ein Kinderfest im Schützenhaus veranstaltet. Eintrittspreis 50 Pfg.

Am Sonntag findet ein allgemeiner Opfertag statt. Die hiesigen Kapellen werden von 9—10 Uhr vormittags auf dem Schraderplatz und Bismarckplatz Musikstücke, die Gesangvereine und Schulchöre von 11—1 Uhr auf dem Stephanplatz, Marktplatz, Bismarckplatz, Schraderplatz, vor dem Feuerwehrhause und auf dem Plage an der Wallstraße Gefänge zum Vortrag bringen.

Mitbürger

Spendet reichlich für die Kinderhilfe! Tausende armer Kinder leiden an den Folgen starker Unterernährung. Ihnen Milch und warme Kleidung für den Winter zu beschaffen, soll die Aufgabe dieser Sammlung sein.

Der Arbeitsauschuß.

Frau Eschenhagen, Berta Salzwedel, Konrektorin, Klara Westert, Jugendpflegerin, Käthe Lemme, Stadtfürsorgerin, Dr. Vinde, Stadtrat.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 **Lederlager — Techn. Geschäft** Holstentorstraße 24

Grösstes Lager am Platze in
besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele
Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett
Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle
Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbelleder

Reparaturen

an
landwirtschaftl. Maschinen

wie auch industr. Maschinen-Anlagen
prompt, preiswert und sachgemäß

ADOLF KRAUSE & CO.

G. m. b. H.

Maschinenfabriken u. Eisengießerei
Gr. Ackerstr. **Stolp** Fernspr. Nr. 345.
3/4.

— Köslin, Bärwalde, Schloppe, Thorn. —

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge

kaufen Sie vorteilhaft in

Cutter's Etagegeschäft

Friedrichstraße 6

Erstes christliches Etagegeschäft am Plage.

Für's Land

Schaft- u. Kropfstiefel eigener Fabrikation
in bekannter Güte billigst

Carl Albrecht, Schuhfabrik, gegr. 1871.
Fernsprecher 920. Stolp i. Pom. Goldstraße 21.

**Waschtisch-,
Nachtisch- und Ladentischplatten**
aus bestem weißen Marmor
fertigt die
Grabmalfabrik mit Maschinenbetrieb
Adolf Peglow.

F. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger
Ausführung für Handel-
und Gewerbetreibende so-
wie Behörden, Private u.
Vereine

Stadttheater

Dir. H. Schneider
Telefon 419.

Donnerstag und Freitag
Nur 2 Aufführungen

Der Meisterboger.

Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr

Hänsel u. Gretel.

Halbe Preise
7 Uhr

Des Königs Nachbarin

Hypotheken

auf städtischen-
ländlichen u. industri-
ellen Grundbesitz
sowie

Darlehen
und
Betriebskapital

gegen jede Art von wirklichen
Sicherheiten schnellstens und
zuverlässigst zu zeitgemäß
günstigen Bedingungen

**Vereinigung Deutscher
Privatkapitalisten**

Berlin W 612 Kürfürstendamm 14. 15.

Herrn u. Frauen

jeden Standes bietet sich durch
leichten Verkauf eines prakt.
Wirtsch.-Artikels ein täglicher
Verdienst von **Mk. 10.—**.
Ein Stück Muster gegen Ein-
sendung von **Mk. 2.—**. Bei
Rücksendung Geld zurück.

Weltleuchte Dresden,
Kohlshütter Str. 2.

Metallbetten

Stahlmatrizen, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L frei-
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Kirchliche Anzeige

von Lettow-Pomeiske-Stift.
Morgen Donnerstag 5 Uhr
Gottesdienst

Superintendent Witte.

Der Stadtauflage
unserer heutigen
Nummer liegt ein Prospekt
der hiesigen Städtischen Spar-
kasse bei, betr. „Zur För-
derung des Sparsinns.“